

PERSPEKTIVE

Zeitung für Solidarität und Widerstand

Was tun gegen ihre Kriege?



Monatlich gedruckt
& täglich unter:
perspektive-online.net

Zwei Jahre Ukraine Krieg

Seit zwei Jahren wütet nun ein offener Krieg zwischen Russland und der Ukraine. Er hat die geopolitische Landschaft verändert und eine neue Ära der Militarisierung eingeleitet. Als handfester Ausdruck der „Zeitenwende“ wird die Bundeswehr mit der Übung „Quadriga“ ihre größte offene Truppenverlegung seit Ende des Kalten Krieges durchführen. > Seite 3

Gegen AfD, Regierung und Kapitalismus

Großdemonstrationen gegen den Faschismus machen Mut angesichts dauerhafter politischer Rechtsentwicklungen. Die bürgerliche Demokratie wird uns aber nicht retten. Das können wir als Arbeiter:innen nur selbst. Ein Kommentar über Antifaschismus und bürgerliche Demokratie. > Seite 4

„Ein ‚Wir‘ gibt es nur als Jugend der Arbeiter:innenklasse“

Die Internationale Jugend hat vor kurzem ihre Kampagne „One Class, One Struggle“ begonnen. Im Interview berichtet Sina Mayer über Inhalte der Kampagne. > Seite 6

Ohne Streiks wird sich nichts verändern!

Traktor-Blockaden, LKW- und Bahnstreiks, Streiks im Handel: In den vergangenen Monaten wurde das Leben vieler Menschen immer wieder durch Streiks durcheinander gebracht. Ein Grund sich das Mittel des Streiks einmal etwas genauer anzuschauen. > Seite 7

Proteste der Bäuer:innen und Landarbeiter:innen

An den großen, hupenden Traktoren führt in den letzten Wochen kein Weg vorbei. In Konvois bahnen sie sich, mit Fahnen und Schildern bestückt, ihre Wege über Stadt und Land zu den vielen Protestaktionen vor Regierungs- und Verwaltungsgebäuden, auf Hauptstraßen und Marktplätzen. > Seite 8

Westasien, Ukraine, Afrika – und bald vielleicht Ostasien? Die imperialistischen Kriege weiten sich aus, werden immer blutiger und drohen sich zu einem neuen Weltkrieg zu verdichten. Deutschland bereitet sich darauf bereits intensiv vor. Schwächen sich die imperialistischen Mächte gegenseitig, könnte das neue Wege für den Sozialismus und die Befreiung unterdrückter Nationen eröffnen – aber nur, wenn es fortschrittliche Kräfte gibt, die diese Wege auch beschreiten können. Ein Kommentar von Thomas Stark

Mitte Februar tagt in München zum 60. Mal die sogenannte Sicherheitskonferenz (früher: Wehrkundetagung). Etwa 50 Staats- und Regierungschefs vor allem der NATO-Länder werden sich dabei zusammen mit Minister:innen, Konzernvorständen und Vertreter:innen internationaler Organisationen im Hotel Bayerischer Hof versammeln. Die jährliche Tagung dient vor allem der Strategiediskussion unter den westlichen imperialistischen Staaten und ihren Verbündeten, auch wenn Vertreter:innen konkurrierender Länder zum Teil ebenfalls eingeladen sind.

Kriegsherde weltweit

Zu besprechen gibt es zwischen den Politiker:innen und Wirtschaftsbossen derzeit besonders viel, denn die Welt wird an immer mehr Orten zum Pulverfass: Der Ausbruch des Ukraine-Kriegs jährt sich kurz nach der Tagung bereits zum zweiten Mal. Der Krieg ist längst zum Abnutzungskrieg zwischen Russland und der NATO geworden, welche die ukrainische Armee mit Waffen und Munition beliefert und für sich kämpfen lässt, und es ist noch lange nicht in Sicht, dass eine der beiden Seiten dabei in die Knie gehen würde.

Im vergangenen Oktober begann mit dem Angriff palästinensischer Widerstandsgruppen unter Führung der Hamas auf Israel dann ein Krieg, der inzwischen weite Teile Westasiens mit einbezieht. Der Fokus liegt im Gazastreifen: Israel hat den Norden von Gaza bereits erobert und zum Teil dem Erdboden gleich gemacht. Seine Armee greift nun auch den Süden an und die Regierung Netanjahu hat deutlich gemacht, dass sie dauerhaft die Kontrolle über das gesamte Gebiet zwischen Mittelmeer und Jordan haben will. Es zeichnet sich inzwischen ab, dass Israel eine ethnische Säuberung des Gazastreifens anstrebt. Etwa 30.000 Palästinenser:innen sind durch den Gazakrieg bereits ums Leben gekommen.

Regionaler Krieg in Westasien

Doch der Krieg spielt sich nicht nur zwischen Israel und den Palästinenser:innen ab, sondern umfasst auch andere Länder, insbesondere den Iran. Dieser hat vom Angriff der Hamas am 7. Oktober besonders profitiert, da hierdurch eine Annäherung zwischen seinen beiden Erzfeinden Israel und Saudi-Arabien torpediert wurde. Die islamisch-fundamenta-

listische Hamas operiert zusammen mit der libanesischen Hisbollah-Miliz und den Huthi-Rebellen im Jemen faktisch als Teil einer niedrigschweligen regionalen Kriegsführung des Chamenei-Regimes in Teheran.

Besonders in die Schlagzeilen kamen die Huthi-Rebellen, die von ihren Gebieten im Jemen aus die Seehandelsroute im Roten Meer – und damit eine Lebensader des Weltkapitalismus – wiederholt angegriffen haben. Nach dem Beschuss und der Entführung einer Reihe von Handelsschiffen durch die Huthis mussten einige Betriebe wie Tesla in Brandenburg ihre Produktion aussetzen, weil Teile fehlten. Die USA und England haben daraufhin Ziele im Jemen bombardiert. Daneben gab es Drohnen- und Raketenangriffe Israels im Libanon und in Syrien, unter anderem auf Vertreter von Hamas, Hisbollah und dem Iran. Die Hisbollah greift den Norden Israels immer wieder mit Raketen an, ein Ableger des „Islamischen Staats“ verübte einen schweren Terroranschlag im Iran, dieser bombardierte wiederum Ziele in Pakistan und umgekehrt.

Die Lage wird immer unübersichtlicher, und inzwischen versuchen immer mehr Staaten, aus den Konflikten in der Region Profit zu schlagen und einen Machtzuwachs zu erringen, ob auf militärischem oder diplomatischem Wege. Dazu gehören auch die Türkei, Saudi-Arabien, Katar und Ägypten. Obwohl viele von ihnen noch abwarten und eine offene Konfrontation so lange wie möglich vermeiden wollen – wie zum Beispiel der Iran mit Israel und den USA – hat die Situation in Westasien inzwischen eine Dynamik angenommen, die einen großen regionalen Krieg in absehbarer Zeit immer wahrscheinlicher werden lässt.

Afrika und die Pazifikregion

Das blutigste Schlachtfeld des Weltimperialismus ist bereits seit langer Zeit Afrika. Allein in Äthiopien kamen 2022 mehr als 100.000 Menschen durch den dortigen Krieg in der Region Tigray ums Leben. Besonders betroffen sind auch die Staaten der gold- und rohstoffreichen Sahel-Zone wie Sudan, Mali, Burkina-Faso und Niger. Dort bekämpfen sich staatliche und ausländische Armeen, Warlords, Söldnergruppen wie die russische „Wagner“-Armee und jihadistische Organisationen wie Al-Qaida und der IS. Die imperialistischen Mächte USA, Deutschland, Frankreich und Russland mischen federführend bei den Konflikten mit, Massaker an der Bevölkerung sind an der Tagesordnung.

Nicht zuletzt entwickeln sich Ostasien und die Pazifikregion immer mehr zu einem der Kerngebiete, in denen die Herrschaftsinteressen der großen imperialistischen Mächte aufeinanderprallen. China will sich die Insel Taiwan wieder einverleiben, um damit die volle Kontrolle über die Meeresgebiete vor seiner Küste zu erlangen und zur Hegemonialmacht im Pazifik zu werden. Die USA wollen dies um jeden Preis verhindern. Die Insel, die seit Jahrzehnten ein führender Standort für die Hightech-Industrie ist, gilt deshalb schon länger als „gefährlichster Ort der Welt“. Auch im Südchinesischen Meer ver-

sucht China seine Macht zu zementieren, während die USA in der Region unter anderem die Philippinen und Vietnam unterstützen. Auch die seit Jahrzehnten latente Kriegsgefahr auf der koreanischen Halbinsel verschärft sich, seit Nordkorea erfolgreich Atomwaffen produziert und im Gegenzug für Rüstungsgeschäfte mit Russland Zugang zu fortgeschrittener Militärtechnologie erhält, während die USA Südkorea weiter aufrüsten und gemeinsame Militärübungen abhalten.

Deutschland rüstet auf

Vor dem Hintergrund dieser Weltlage, die einen Dritten Weltkrieg immer mehr als realistisches Szenario erscheinen lässt, hat der deutsche Imperialismus seine alte Strategie der militärischen Zurückhaltung zu den Akten gelegt und will nun zu einer Kriegsmacht werden, die mit den anderen imperialistischen Staaten mithalten kann. Nach dem Beginn des Ukraine-Kriegs hat die Ampel-Regierung ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro für die Aufrüstung bereitgestellt. 21 Milliarden Euro davon sind bereits für Waffen, Munition und weitere Rüstungsgüter ausgegeben worden. Kriegsminister Pistorius spricht davon, dass Deutschland wieder „kriegstüchtig“ werden müsse und „ungefähr fünf bis acht Jahre“ habe, um aufzuholen – „sowohl bei den Streitkräften als auch in der Industrie und in der Gesellschaft“. Sein Ministerium prüft derzeit Möglichkeiten zur Wiedereinsetzung der Wehrpflicht. Die deutschen Rüstungsexporte haben 2023 mit einem Wert von 12 Milliarden Euro einen neuen Rekord erreicht, unter den Top-10-Abnehmern finden sich neben der Ukraine und Staaten der EU und NATO auch Südkorea. Die Rüstungsindustrie boomt, fährt ihre Kapazitäten hoch und baut neue Produktionsstätten. Dabei trifft sie jedoch immer wieder auch auf Widerstand aus der Bevölkerung: Wie z.B. die Firma Diehl Defence, die in Troisdorf ihre Munitionsfabrik vergrößern will, oder Rheinmetall, das seine Pläne zum Bau einer Pulverfabrik

im sächsischen Großenhain im vergangenen Sommer zurückziehen musste.

Perspektiven angesichts der Kriegsgefahr

Dieser spontane Widerstand, der die deutsche Rüstungsoffensive behindert, ist ein sehr gutes Zeichen. Denn die Kriege zwischen den imperialistischen Mächten werden einzig und allein auf dem Rücken der Arbeiter:innen und der werktätigen Bevölkerung in den jeweiligen Ländern ausgetragen, während kapitalistische Konzerne dabei Riesengewinne einfahren.

Was ist jedoch die Perspektive für die Weltarbeiter:innenklasse angesichts der immer weiter um sich greifenden Kriege? Das können wir uns am Beispiel Westasien verdeutlichen. Während die imperialistischen Kriege der letzten Jahrzehnte dort unermessliches Morden und Zerstörung gebracht haben, haben sie an bestimmten Punkten und zu bestimmten Zeiten jedoch auch dazu geführt, dass die herrschende Ordnung geschwächt wurde und sich revolutionäre Möglichkeiten eröffnet haben.

Dies geschah zum Beispiel im syrischen Bürgerkrieg, als die reaktionäre syrische Regierung im Jahr 2013 die Kontrolle über Gebiete im Norden des Landes aufgeben musste und die kurdische Befreiungsbewegung unter Führung der YPG (Volksverteidigungseinheiten) das entstandene Machtvakuum ausnutzte, um dort selbst die Regierung zu übernehmen. Dies war der Beginn der Rojava-Revolution, die zur Schaffung einer demokratischen, multiethnischen Selbstverwaltung unter Einbeziehung kommunistischer Kräfte geführt hat. Die Bevölkerung von Rojava konnte ihre demokratische Revolution bis heute auch gegen die schwersten Angriffe vor allem des IS und des türkischen Staates verteidigen. Entscheidend war hierbei, dass die Führung in Rojava eigenständig, d.h. von den imperialistischen Mächten unabhängig war, die Widersprüche zwischen diesen Mächten ausnutzen konnte und

sich in den Händen revolutionärer und fortschrittlich-demokratischer Kräfte befunden hat. Diese haben es geschafft, die Spaltung zwischen den verschiedenen Nationalitäten in der Region zu überwinden und sie unter einem fortschrittlichen, auf gleiche demokratische Rechte und Frauenbefreiung zielenden Programm hinter sich zu versammeln.

Auch heute können sich durch den Krieg in Westasien revolutionäre Möglichkeiten zum Beispiel für die palästinensische Befreiungsbewegung eröffnen. Dies wird aber nur gelingen, wenn die Palästinenser:innen es ebenfalls schaffen, eine fortschrittliche, den nationalen Befreiungskampf auf demokratischer Grundlage voranbringende Führung herauszubilden und sich nicht von Mächten wie dem Iran, Ägypten oder der Türkei abhängig zu machen.

Auf Weltebene führen die Eskalationen, die der Imperialismus gesetzmäßig immer wieder hervorbringt, zur Schwächung dieses Systems und zur Entstehung revolutionärer Möglichkeiten für den Sozialismus – so wie historisch der Erste Weltkrieg den Boden für die russische Oktoberrevolution von 1917 bereitet hat. Solche Möglichkeiten können heute ebenfalls nur in Realität verwandelt werden, wenn es vorher gelingt, wie 1917 in Russland, eine Kampforganisation der Arbeiter:innenklasse aufzubauen, die politisch und organisatorisch in der Lage ist, die proletarischen Massen in ihrem Land in diesen Kämpfen zu führen. Die Perspektive angesichts des Kriegsgeschehens liegt nicht bei dem einen oder anderen bürgerlichen Lager, seien es die Westmächte, Russland, Iran, China oder Nordkorea, und auch nicht bei deren Vasallen wie den Huthi-Rebellen oder der Hamas – sondern einzig und allein in den revolutionären Potentialen der Arbeiter:innenklasse.





Ukraine: Zwei Jahre Krieg und kein Ende in Sicht

Seit zwei Jahren wütet nun ein offener Krieg zwischen Russland und der Ukraine, der Hunderttausende von Menschenleben gekostet und Millionen zur Flucht gezwungen hat. Er hat die geopolitische Landschaft der Welt grundlegend verändert und eine neue Ära der Militarisierung und der Vorbereitung auf den 3. Weltkrieg eingeleitet. Als handfester Ausdruck der „Zeitenwende“ wird die Bundeswehr mit der Übung „Quadriga“ ihre größte offene Truppenverlegung seit Ende des Kalten Krieges durchführen – ein Kommentar von Daniel Fröhlich

Am 24. Februar 2022 überqueren russische Streitkräfte nach monatelangem Säbelrasseln und verstärkten Kämpfen in der Donbass-Region die ukrainische Grenze und weiteten den seit 2014 andauernden Konflikt zu einem heißen Krieg aus. Inzwischen haben sich die Kampfhandlungen zu einem Zermürbungskrieg entwickelt, in dem unkonventionelle Methoden der Kriegsführung wie Luft- und Bodendrohnen, aber auch natürliche Faktoren wie das Wetter oder Krankheiten täglich über das Schicksal von Hunderten von Soldat:innen entscheiden.

Nach dem Einmarsch Russlands strömten die westlichen Imperialisten in Scharen herbei, um ihr neokoloniales Projekt in der Ukraine zu unterstützen, das sie in den vergangenen Jahrzehnten so sorgfältig aufgebaut hatten. Neben Milliarden an Militärhilfe und Waffenlieferungen, die den Krieg zu einem Stellvertreterkonflikt im großen Stil machten, leitete der russische Einmarsch in der Ukraine auch eine neue globale Ära der Militarisierung und Aufrüstung ein, wie es sie seit der Auflösung der UdSSR nicht mehr gegeben hat. Ab Februar 2024 wird die Bundeswehr im Zusammenhang mit der NATO-Übung „Steadfast Defender“ die Teilübung „Quadriga“ durchführen. Mit rund 12.000 beteiligten Kräften wird „Quadriga 2024“ die größte Militärübung und Truppenverlegung deutscher Streitkräfte seit Jahrzehnten und auch für uns in der Öffentlichkeit sichtbar sein.

Wie ist es dazu gekommen?

Nach der Auflösung der Sowjetunion im Jahr 1991 befand sich die heutige

Russische Föderation nicht nur in einer tiefgreifenden wirtschaftlichen und politischen Krise - die bis in die frühen 2000er Jahre andauern sollte und zur dauerhaften Verarmung der russischen Arbeiter:innenklasse führte - sondern auch in ihrer kleinsten und strategisch ungünstigsten territorialen Ausdehnung seit Jahrhunderten. Die herrschende Klasse sah sich nun mit den geographischen Besonderheiten ihres jungen Staates konfrontiert. Als größtes Land der Welt hat Russland eine riesige Fläche, und damit lange Grenzen zu verteidigen. Zudem verfügt es, vor allem im über die Jahre erweiterten Grenzgebiet mit der NATO, kaum über natürliche Grenzen - etwa große Flüsse oder Bergketten. Im Gegenteil erstreckt sich über den gesamten Westen des Landes eine riesige Ebene, die erst an den Karpaten in Rumänien und der Westukraine endet.

In dieser Hinsicht war die direkte oder indirekte Kontrolle der Ukraine mit ihren natürlichen Grenzen und Warmwasserhäfen von Anfang an ein zentraler strategischer Beweggrund der russischen Kapitalist:innenklasse, um ihren Status als führende eurasische Macht wiederzuerlangen. Aus ähnlichen Gründen ist die Kontrolle über die Ukraine als Neokolonie auch für Staaten wie Deutschland und die USA enorm wichtig, dabei geht es ihnen sowohl um die Eindämmung des imperialistischen Konkurrenten Russland, als auch um die Ausweitung der eigenen Macht.

Unter diesem Blickwinkel sind alle Entwicklungen der letzten 30 Jahre bezüglich der Ukraine zu begreifen; von der „Orangen Revolution“ 2004 bis zum „Maidan-Putsch“ und der Annexion der Krim-Halbinsel 2014

und natürlich der russischen Invasion 2022, die den bisherigen Höhepunkt dieser Ereigniskette markiert.

Wie sieht die Lage heute aus?

Nach anfänglichen schnellen russischen Vorstößen an allen Fronten, die bis nach Charkiw, Saporischja und Kiew reichten, gelang es der ukrainischen Armee, die Front weitgehend auf den heutigen Stand zurückzudrängen. Was vom Kreml als eine kurze „Militäraktion“ erwartet wurde, hat sich inzwischen zu einem konventionellen Stellungskrieg entwickelt. Seitdem hat sich an der Bewegung der Frontlinie nicht viel geändert. Die ukrainische Sommeroffensive hat zwar keine nennenswerten Fortschritte gebracht und das Blatt scheint sich sogar zu Gunsten Russlands zu wenden, doch ändert dies nichts an der Tatsache, dass es sich um einen Abnutzungskrieg handelt. Diese Entwicklung hat bei einigen der entschiedensten Befürworter der Ukraine, wie kürzlich in den USA, Debatten über die Fortsetzung der Waffenlieferungen ausgelöst, obwohl noch nichts in Stein gemeißelt ist.

Trotz alledem scheint ein schnelles Ende des Krieges nicht in Sicht zu sein. Zwar kommen immer wieder Forderungen nach Friedensverhandlungen auf, dabei ist jedoch unklar, zu welchen Bedingungen diese stattfinden könnten. Russland wird wohl versuchen, sich weitere Gebietsgewinne zu sichern, während die USA Russland solche Gewinne nicht zugestehen wollen und Deutschland die fruchtbaren und militärisch wichtigen ukrainischen Gebiete nicht aufgeben will.

Zeitenwende

Der Ausbruch des Krieges löste weltweit geostrategische Schockwellen aus, von denen Deutschland besonders hart getroffen wurde. Während der deutsche Imperialismus bis dahin profitabel mit Russland gehandelt und sich eine weitere Annäherung offengehalten hatte, während er militärisch unter den Fittichen der USA stand, war er nun gezwungen, seine eigenen Strategien anzupassen. Die Zeitenwende, die von Kanzler Scholz nur wenige Tage nach dem Einmarsch Russlands ausgerufen wurde, leitete ein neues Zeitalter des deutschen Militarismus ein. Mit Propagandakampagnen und milliarden-schweren Budgets solle Deutschland wieder „kriegstüchtig“ gemacht werden, wenn es auch weiterhin zu den großen imperialen Akteuren gehören will.

In diesem Zusammenhang wird die Bundeswehr auch diesen Februar ihre Übung „Quadriga“, als Teil der NATO Übung „Steadfast Defender“, starten. Mehr als 12.000 Soldaten trainieren – sichtbar für uns in der Öffentlichkeit – den Kriegsfall mit Russland. Somit wird auch dies die größte Truppenübung deutscher Streitkräfte seit der Annexion der DDR sein. Dabei wird der Hauptfokus darauf liegen, schnellstmöglich Truppen an die Ostflanke der NATO, z.B. Norwegen oder Litauen, zu verlegen. Dies alles soll die praktische Konsequenz der Zeitenwende sein, wobei der deutsche Staat seiner selbsterklärten Führungsverantwortung gerecht werden soll, so die Bundeswehr. Auf diese Weise soll nicht nur die Bundeswehr, sondern die gesamte Arbeiter:innenklasse Deutschlands auf kommende Kriege vorbereitet werden.

Gegen AfD, Regierung und Kapitalismus

Großdemonstrationen gegen den Faschismus machen Mut angesichts dauerhafter politischer Rechtsentwicklungen. Die bürgerliche Demokratie wird uns aber nicht retten. Das können wir als Arbeiter:innen nur selbst. Ein Kommentar von Ivan Barker

„This is what democracy looks like! (So sieht Demokratie aus!)“ schallt es von den Bühnen. Hunderttausende Demonstrant:innen gegen Rechts in Hamburg, München und Berlin, Tausende auch in Cottbus, Jena und Schwerin. Die deutsche Gesellschaft steht auf gegen Abschiebungen, Rassismus und Faschismus, könnte man meinen. Mittendrin aber auch SPD, Grüne, FDP und CDU – Parteien, die alle schon in verschiedenen Regierungen unter anderem für tausende Abschiebungen verantwortlich waren.

Faschistisches Treffen löst Proteste aus

Die Recherche des Netzwerkes Correctiv, die ein Treffen von rechten Ideologen, Politiker:innen aus AfD und CDU und Unternehmer:innen offen gelegt hatte, war der Auslöser für die zahlreichen Demonstrationen in den letzten Wochen, die sich vor allem gegen die AfD richteten. Das zentrale Thema des Treffens war das faschistische Konzept der „Remigration“. Vorgestellt wurde es von Martin Sellner, einem der theoretischen Köpfe der sogenannten Neuen Rechten. Er erklärte verschiedenen Politiker:innen aus AfD und CDU, Unternehmern

und weiteren Gästen verschiedener Organisationen den nicht sonderlich geheimen Plan der faschistischen Bewegung, Millionen Migrant:innen aus Deutschland zu vertreiben. Ziel dieser Vertreibung ist, einen „Ethno-staat“ nur aus „reinen“ Deutschen zu schaffen. In der faschistischen Ideologie, der Sellner folgt, besteht die Welt aus kulturell einheitlichen „Ethnien“, auf deren Basis Nationalstaaten organisiert sein sollen. Die Durchmischung verschiedener Kulturen wird abgelehnt und insbesondere die westeuropäischen Gemeinschaften müssten davor „beschützt“ werden, durch andere Völker „ersetzt“ zu werden.

Die Enthüllung, dass sich die AfD mit den Größen der faschistischen Bewegung trifft, war für viele Menschen erschreckend genug, um in großer Zahl auf die Straße zu gehen. Doch ehrliche Antifaschist:innen mögen sich auch erschrocken haben, als auf einmal Bundeskanzler Olaf Scholz und Außenministerin Annalena Baerbock in Potsdam neben ihnen standen, oder CDU-Chef Friedrich Merz die Proteste begrüßte. Der Scholz, der im großen Stil abschieben möchte, die Baerbock, die Waffen nach Saudi-Arabien liefert und der Merz, die Flüchtlingsleistungen für Geflüchtete verbreitet.

Bürgerliche Demokratie in Deutschland

Um uns in Zukunft weitere böse Überraschungen zu ersparen, lohnt es sich über die reine Abgrenzung von der AfD hinaus zu gehen. Wir sollten hinterfragen, ob die Politiker:innen der anderen Parteien tatsächlich binnen weniger Wochen nach links gerückt sind.

Dafür müssen wir uns ansehen, wie die sogenannte Demokratie in Deutschland aussieht. Ihre Grundlage ist eine kapitalistische Wirtschaft, die in diesem Land von großen Monopolen dominiert wird. Die Erzielung von gigantischen Profiten für diese Monopole ist seit über hundert Jahren das oberste Ziel, dem sich alle anderen Bereiche der Gesellschaft unterordnen sollen. Dafür, dass das möglichst reibungslos passieren kann, ist der Staat zuständig. Er setzt einen gesetzlichen Rahmen fest, organisiert die Finanzierung für unprofitable, aber notwendige Teile der Infrastruktur durch Steuern und soll die am kürzeren Hebel dieses Systems sitzenden Arbeiter:innen ruhig halten. Zur Erfüllung dieser Aufgaben dienen zum Beispiel Gesetze, die Unternehmen Steuergeschenke in Milliardenhöhe machen,

die Verstaatlichung von verlustreichen Konzernen und die Festschreibung des Rechtes auf Privateigentum.

Bei dieser Demokratie handelt es sich deshalb um eine bürgerliche Demokratie. Es ist keine „Herrschaft des Volkes“, sondern eine Herrschaft des Kapitals über die Arbeiter:innen. Diese Herrschaft vertreten alle Parteien im Parlament, ganz unabhängig von ihrem Namen oder ihrer Farbe. Die deutsche Demokratie grundsätzlich zu verteidigen, so wie auf manchen Demonstrationen dazu aufgerufen wird, liegt deswegen in keinem Fall im Interesse von uns als Arbeiter:innen. Die Inszenierung des ehrlichen Kampfes gegen den Faschismus als Kampf für diese Demokratie liegt aber durchaus im Interesse einer SPD, CDU und Co.

Scholz, Baerbock und Merz sind also nicht im Angesicht der AfD zu Antirassist:innen geworden, sondern sie nutzen diese Gelegenheit, von ihren eigenen Krisen und ihrer menschenfeindlichen Asylpolitik abzulenken. Das parallel zu den Demonstrationen beschlossene „Rückführungsverbesse- rungsgesetz“ und die Reform des „Gemeinsamen Europäischen Asylsystems“, die von der Ampel-Regierung durchgesetzt wurden, sollten wir nicht vergessen.



Damit setzen sie schlussendlich nur zeitversetzt Forderungen der AfD und anderer Faschist:innen durch, gegen die sie angeblich heute auf der Straße sind. So werden Abschiebungen leichter gemacht, die Polizei wird mit mehr Befugnissen ausgestattet, Aufenthalts- und Einreiseverbote werden verschärft, Abschiebehaft verlängert und Seenotretter:innen können strafrechtlich verfolgt werden.

„Alle“ gegen den Faschismus?

Manch einer mag die Situation trotzdem als so drängend empfinden, dass die Losung „Alle zusammen gegen den Faschismus“ auch den Einbezug aller möglichen bürgerlichen Parteien und Kräfte rechtfertigt. Von den großen Zahlen an Demonstrierenden, die dadurch vielleicht zustande kommen, dürfen wir uns aber nicht blenden lassen.

Erstens wäre eine Regierung mit Beteiligung der AfD oder Werteunion noch nicht automatisch die Wiederkehr einer faschistischen Diktatur. Der Faschismus an der Macht ist der offen terroristische, radikalste Ausdruck der Herrschaft der großen Monopole. Seine Einführung hängt nicht vorrangig von Wahlergebnissen ab, sondern ob ein genügend großer Teil der Herrschenden ihn für notwendig hält, um ihre Macht zu erhalten. In dem Moment, wo er zum Beispiel gebraucht wird, um einen Krieg zu beginnen oder einen Aufstand der Arbeiter:innen niederzuschlagen, spielt es keine Rolle, welche Koalition gerade in der Regierung sitzt. Dennoch würde eine AfD-Regierung höchstwahrscheinlich den langfristigen Umbau des Staates für genau so eine offene Terrorherrschaft umsetzen.

Aber auch solange er nicht an der Macht ist, erfüllt der Faschismus eine

wichtige Funktion in der kapitalistischen Gesellschaft. So treibt er im Parlament genau die Rechtsentwicklung der anderen Parteien voran, die wir in den letzten Jahren in Deutschland beobachten konnten. Durch immer weitere Zugeständnisse an die noch einen Schritt weiter gehenden Forderungen der AfD können sie heute schon den Abbau demokratischer Grundrechte umsetzen. Außerhalb des Parlaments sorgen faschistische Terrornetzwerke für Angst und Schrecken, ermorden Migrant:innen, greifen LGBTI+ Demonstrationen an oder legen Todeslisten von Antifaschist:innen an. Die faschistische Ideologie hetzt verschiedene Teile der Arbeiter:innenklasse gegeneinander auf, um sie vom gemeinsamen Klassenkampf gegen die Kapitalist:innen abzuhalten.

Diese verschiedenen Teile der faschistischen Bewegung gehören zusammen und zwischen ihnen gibt es zahlreiche Überschneidungen, von den bewaffneten Soldaten über die Intellektuellen am Schreibtisch bis in das Parlament sind sie miteinander verbunden. Das im Januar aufgedeckte Treffen ist nur eine Momentaufnahme von vielen gemeinsamen Vernetzungen, die seit Jahren kontinuierlich stattfinden. Menschen wie Sellner liefern die strategische Ausrichtung, beraten sich mit den Parlamentarier:innen, organisieren zusammen die Finanzierung mithilfe zahlreicher Milliardäre und unterhalten Kontakte zu Terrornetzwerken, wie dem 2018 zu Teilen aufgedeckten Kreuz-Netzwerk.

Zweitens entspringt der Faschismus genauso der kapitalistischen Wirtschaftsordnung wie die parlamentarische Demokratie und war in seiner Entstehung vor allem als eine Reaktion auf die starke Arbeiter:innenbewegung nach dem Ersten Weltkrieg.

Zwar liegen deutliche Unterschiede zwischen einer „friedlichen“ Diktatur des Kapitals und einer faschistischen Terrorherrschaft, eine bürgerliche Demokratie ist aber in keiner Weise eine Absicherung gegen den Faschismus. So können Parteien, die diese „Grundordnung“ bis aufs letzte beschützen wollen, keine Bündnispartner:innen für einen konsequenten Kampf gegen den Faschismus sein.

Den Protesten echte Schlagkraft geben

Angesichts der realen Stärke der faschistischen Bewegung in Deutschland wird deutlich, dass einzelne Demonstrationen nicht ausreichen werden, um ihr langfristig etwas entgegen zu setzen. Selbst wenn Hunderttausende an ihnen teilnehmen, kann ihre Wirkung ebenso schnell verpuffen wie sie ins Leben gerufen wurden. Um nachhaltig etwas verändern zu können, fehlen den Protesten heute noch wichtige Elemente.

Zum einen ist das eben die Konsequenz, nicht nur die AfD als rassistische Scharfmacher zu erkennen, sondern auch die anderen bürgerlichen Parteien für ihre Politik zur Rechenschaft zu ziehen. Wen faschistische Träume von massenhaften Deportationen stören, der sollte heute schon gegen den Massenmord an der EU-Außengrenze auf dem Mittelmeer aktiv werden und den Asylgesetzen der Ampel den Kampf ansagen. Dazu kommt, den Ursprung des Rassismus und der Einteilung von Migrant:innen in „gute Fachkräfte“ und „störende Flüchtlinge“ im Kapitalismus zu erkennen und auch hieraus konsequente Schlussfolgerungen zu ziehen.

Wollen wir den Protest nicht unter der ideologischen Führung der Ampel lassen, müssen wir uns als Arbeiter:innen dort Gehör verschaffen.

Eine breite Beteiligung können wir nur ausnutzen, wenn wir uns inhaltlich nicht die Zähne ziehen lassen. Wir müssen die Verbindungen ziehen zur wirtschaftlichen Entwicklung, den Haushaltskürzungen und den internationalen Konflikten, die das Leben für tausende Arbeiter:innen unsicher machen und sie in die Arme der Faschist:innen treiben.

Weitere Menschen zu erreichen funktioniert dabei nicht allein, sondern nur durch klassenkämpferische Organisationen, in denen wir uns über alle Spaltungslinien hinweg organisieren können. Wir werden alle paar Monate nett auf die Straße gehen können und trotzdem im äußersten Fall im Faschismus landen, wenn wir nicht unsere Seite, die Seite der Arbeiter:innenklasse durch diese Aktionen stärken können und real eine Alternative zum Teufelskreis des Kapitalismus bieten können.

Unsere gesellschaftliche Alternative ist und bleibt als arbeitende Menschen der Sozialismus. Zwar haben sich die Kapitalist:innen in den letzten Jahrzehnten die größte Mühe gegeben, Sozialismus und Faschismus als zwei Seiten der selben „Totalitarismus“-Medaille darzustellen, doch sowohl die Geschichte als auch die Situation heute zeigen, welche Gesellschaftssysteme in Wirklichkeit miteinander zusammenhängen. Der Kampf gegen den Faschismus kann nur erfolgreich sein, wenn er sich auch gegen den Kapitalismus richtet und mit dem Einsatz für den Sozialismus verbunden ist. Ein Sturz der steinreichen Besitzer:innen der Monopolkonzerne von ihrem hohen Thron ist die Voraussetzung für eine Welt, in der wir wirklich ohne die Angst vor dem faschistischen Terror leben können.

„Imperialismus beenden, Widerstand organisieren“

Auszug aus der Erklärung der Föderation Klassenkämpferischer Organisationen zur Verabschiebung der Reform des „Gemeinsamen Europäischen Asylsystems“ (GEAS):

(...) Die aktuelle Verschärfung in der Migrationspolitik steht nicht für sich alleine. Sie reiht sich ein in Maßnahmen der Ampel-Regierung, den deutschen Imperialismus im Angesicht von Krisen, und Kriegen fit für den internationalen Konkurrenzkampf zu machen.

Dafür will man die EU durch eine gemeinsame „Asylpolitik“ stabilisieren und damit dieses Machtinstrument

Deutschlands erhalten; dafür will man den eigenen Arbeitskräftemangel durch gezielte Zuwanderung ausgleichen; dafür will man „unnütze“ Geflüchtete so schnell es geht wieder loswerden; dafür will man die gesellschaftliche Debatte nach rechts verschieben – denn das dient auch den weiteren rückschrittlichen Maßnahmen. Dazu gehört etwa die massive Aufrüstung nach außen bei der Bundeswehr, aber auch die Zunahme der Einschränkung demokratischer Rechte durch neue Polizei- und Versammlungsgesetze.

All das zeigt: Diese Regierung und das kapitalistische System, was sie

stützen, bietet keine Zukunft für uns – egal welche Herkunft wir haben. Sie können die Probleme nur verlagern, aber nicht lösen. Tatsächlich verschärfen sie die Situation nur immer weiter und treiben die Zuspitzung in Richtung noch mehr Flucht und noch mehr Krieg voran.

Als Föderation Klassenkämpferischer Organisationen rufen wir deshalb auf, für eine Verbesserung der Lage bei Wohnraum, Kita- und Schulplätzen zu kämpfen und gegen die reaktionären Migrationsgesetze – doch wir müssen noch weitergehen.

Als FKO gehen wir davon aus, dass wir grundsätzlich dieses imperialistisch-kapitalistische System überwinden müssen. Eine gleichberechtigte Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Ländern, deren Beziehungen nicht auf Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg, sondern auf Solidarität aufgebaut sind, ist nur mit dem Sozialismus möglich.

Fluchtursachen stoppen, Rassismus bekämpfen, Imperialismus beenden!

„Ein ‚Wir‘ gibt es nur als Jugend der Arbeiter:innenklasse“

Die Internationale Jugend hat vor kurzem ihre neue Kampagne „One Class, One Struggle“ begonnen. Im Interview berichtet Sina Mayer über Inhalte der Kampagne.

Zum Anfang direkt: Was denkt ihr über die aktuelle politische Lage, was sind besonders wichtige Punkte zur Zeit?

Aufrüstung, die Frage nach einem neuen Weltkrieg, die Geflüchteten-thematik, aber auch wie der deutsche Staat mit dem Klimawandel umgeht, wie er probiert Steuern „gegen den Klimawandel“ auf unsere Kosten einzuführen und so weiter. Was dabei interessant ist, ist wie der deutsche Staat all das zur Zeit legitimiert oder versucht zu legitimieren. Unserer Meinung nach hetzt er uns nämlich dafür gegeneinander auf.

Könntest du das noch mehr ausführen? Wie und gegen wen werden wir aufgehetzt?

Ich probiere es mal an einem Beispiel zu erklären, was wir damit genau meinen: Zum Beispiel die innere und äußere Aufrüstung und der Versuch, die deutsche Gesellschaft wieder kriegsfreudig zu machen. Seit Beginn der russischen Invasion in die Ukraine ist Krieg ja wieder sehr präsent und der deutsche Staat unterstützt die Ukraine mit großen Waffenlieferungen und die Bundeswehr wird aufgerüstet. Wenn man sich so die Rhetorik von Bundeskanzler Olaf Scholz, Kriegsminister Boris Pistorius und Co. anschaut, stellt man fest wie oft von einem „wir“ gesprochen wird. „Wir“ müssen als „freiheitlich-demokratischer“ Westen gegen das „autokratische“ Russland zusammenstehen und Menschenrechte und die demokratische Ordnung Europas verteidigen. Darum sei es nun einmal notwendig Unsummen für die Bundeswehr bereitzustellen und womöglich die Wehrpflicht wieder einzuführen,

auch ein verpflichtendes soziales Jahr wird ins Spiel gebracht. Dabei sind Deutschland und die NATO kein Stück weniger imperialistisch als Russland. Die Auslandseinsätze der Bundeswehr in Afghanistan, Mali etc. haben nirgendwo die Lage verbessert, vielmehr wurden Rohstoffquellen für deutsche Großkonzerne gesichert. Auch in der Ukraine geht es jetzt darum die eigenen Einflusssphären zu erweitern. Deutsche Monopole profitieren also doppelt, einmal durch die aktuellen Waffenlieferungen, die die Aktienkurse von Rheinmetall und Co. steigen lassen, ein zweites Mal durch den Wiederaufbau der Ukraine, auf den schon spekuliert wird.

Und um das alles zu legitimieren und auch durchzudrücken, hetzt der deutsche Staat ganz gezielt gegen „die Russen“. Aber es ist doch ganz klar: Das was der deutsche Staat alles sagt, darauf können wir nicht vertrauen. Der deutsche Staat will Krieg und er will eine Bevölkerung, die da mitmacht. Unsere Verbindung mit den Arbeiter:innen aus Russland, die auch kein Interesse an imperialistischen Kriegen haben, will er uns damit nehmen. Er tut so, als ob „wir“ als Deutsche einfach zusammenhalten müssten gegen „die anderen“. Aber eigentlich sind „Wir“ die Arbeiter:innen der ganzen Welt und „die anderen“ die Reichen und Kapitalist:innen der ganzen Welt. Die Kriege wollen nicht wir Arbeiter:innen, sondern die Kapitalist:innen der jeweiligen Länder. Die Grenze verläuft nicht zwischen den Nationen, sondern zwischen oben und unten. Das zu verschleiern nennen wir Spaltungsversuch.

Geht es euch jetzt gerade nur um Militarisierung, also die innere und äußere Aufrüstung?

Nicht nur. Eine weitere Spaltungslinie kann man bei der Asylpolitik sehen. Vor kurzem wurde von der Ampel-Regierung ein neues Asylgesetz durchgesetzt, das das Recht auf Asyl quasi abschafft. Man möchte die „Rückführung“ von Personen in ihre Herkunftsländer erleichtern, also schneller abschieben.

Da ist es besonders ironisch, dass die Ampel-Regierung jetzt Veranstaltungen „gegen die AfD“ unterstützt, weil vor kurzem Pläne von AfDlern und anderen Faschist:innen zur „Remigration“ Thema wurden. Die Regierung setzt da mit anderen Worten um, was Faschist:innen schon lange fordern! Auch hier gibt es kein „wir“, weder mit der AfD, noch mit den Regierungsparteien. Ein „wir“ gibt es nur als Jugend der Arbeiter:innenklasse, egal welcher Herkunft - aber auch sexueller Orientierung oder Geschlecht. Gegen all diese Spaltungsversuche wollen wir Widerstand leisten.

Das ist auch Inhalt eurer aktuellen Kampagne. Wieso eine Kampagne und was sind eure Ziele damit?

Genau, gerade hat bei uns die Kampagne unter dem Titel „One Class, One Struggle – Jugend kämpft international“ begonnen. Hier liegt unser Fokus eben darauf, die Gemeinsamkeiten der Arbeiter:innenjugend im Kapitalismus auf der ganzen Welt hervorzuheben, entgegen den Spaltungsversuchen der herrschenden Klasse.

Wir haben eben gesehen, wie stark diese Spaltungsversuche in Deutschland geworden sind und wollen jetzt ganz gezielt dagegen Widerstand leisten.

Es gibt eine Reihe von bedeutenden

Tagen in den nächsten Wochen, wo wir auf Aktionen die Gemeinsamkeit der Jugend betonen werden. Bald steht ja z.B. der Jahrestag des Beginns des Ukraine-Kriegs an. Da werden wir auf die Pläne zur Wiedereinführung von Wehrpflicht aufmerksam machen. Außerdem machen wir öffentliche Vorträge und Jugendcafés zu diesen Themen. Aber auch in unseren Treffen diskutieren wir regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen. Alle die Interesse haben, können bei uns gerne vorbeischaun.

Wir wollen mit der Kampagne auch genau da ansetzen, wo wir sowieso den Großteil der Zeit sind: in den Schulen. Also genau diese Politik auch in die Schulen tragen, die ja sowieso schon politische Orte sind – nur bisher nicht unbedingt fortschrittliche. Das ist auch unsere Politik, wenn wir mal keine Kampagne machen, denn wir sind eine bundesweite sozialistische Organisation von vor allem Schüler:innen, die gegen das kapitalistische System kämpfen. Wir denken, dass auch die Systemfrage eigentlich viel häufiger gestellt werden muss, weil der Kapitalismus und das Patriarchat die eigentlichen Probleme sind. Deswegen haben wir uns organisiert und wollen andere Jugendliche ermutigen, das auch zu tun: Denn den Widerstand gegen den Kapitalismus können wir nicht alleine in der Schule oder sonst wo führen. Wir sind viel stärker, wenn wir das gemeinsam machen und zusammen an einem Strang ziehen. Wir machen zu unterschiedlichen Themen Arbeit und probieren immer auch offen für alle zu sein. Vielleicht kommt ihr ja im Rahmen unsere Kampagne mit uns in Kontakt.



Ohne Streiks wird sich nichts verändern!



Traktor-Blockaden, LKW- und Bahnstreiks, Streiks im Einzelhandel: In den vergangenen Monaten wurde das alltägliche Leben vieler Menschen in Deutschland immer wieder durch Streiks und Arbeitskämpfe durcheinander gebracht. Ein Grund, sich das Kampfmittel des Streiks einmal genauer anzuschauen. Ein Kommentar von Kevin Hoffmann

Auch wenn es einem manchmal vielleicht nicht so vorkommen mag: In Deutschland wird nur sehr selten und wenn, dann meist nur vergleichsweise kurz gestreikt. Das zeigt der internationale Vergleich zum Beispiel mit unseren europäischen Nachbarländern. Während in Deutschland im Durchschnitt auf 1000 Arbeiter:innen gerade einmal 7 Streiktage pro Jahr fallen, sind es in Frankreich 123, in Dänemark 118 und in Spanien immerhin noch 59 Tage.

Hinzu kommt, dass die DGB-Gewerkschaften in den vergangenen Jahren vermehrt dazu übergegangen sind, nicht alle Beschäftigten einer Branche gleichzeitig zum Streik aufzurufen, sondern jeweils nur einzelne Regionen, Betriebe oder Abteilungen. Das schwächt die eigene Position im Kampf um Lohnerhöhungen und bessere Arbeitsbedingungen, macht die Streiks aber kontrollierbar und entspricht in verschiedenen Branchen auch der schwachen Organisation der Gewerkschaften. Die aktuellen Proteste der Bäuer:innen geben einen kleinen Einblick, was möglich ist, wenn effektive Streiks und Blockaden organisiert werden und wie schnell Zugeständnisse der Politik erzwungen werden können.

Solidarität mit den Streikenden

Obwohl hierzulande äußerst selten gestreikt wird und diese Streiks meist auf einzelne Tage oder Schichten beschränkt sind, kommt vielen streikenden Beschäftigten schnell Unmut entgegen, wenn der Streik Auswirkungen auf nicht streikende Teile der Bevölkerung hat. Gerade bei den Streiks der GDL bei der Deutschen Bahn wird dieser Unmut regelmäßig durch Hetzkampagnen in den Medien unterstützt, mit denen der Streik delegitimiert werden soll.

Dabei ist doch klar, dass nur solche Streiks, die tatsächlich Auswirkungen haben, die den Betriebsablauf und die Produktion stören und stilllegen, Druck auf die Betriebe und ihre Eigentümer:innen ausüben können. Würde das nicht so sein, sind sie auch nicht gezwungen höhere Löhne zu zahlen oder die Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Dabei sollte uns als Arbeiter:innen klar sein, dass erfolgreiche Streiks und Lohnerhöhungen in jedem einzelnen Betrieb und jeder Branche den Druck auf die Kapitalist:innen in allen Branchen erhöhen. Umso wichtiger ist die Solidarität aller Arbeiter:innen mit den Streiks.

Streiks gegen Teuerungen

In den vergangenen Jahren haben die Streiks und Tarifverhandlungen in Deutschland unter dem Eindruck der explodierenden Preise in allen Bereichen des Lebens stattgefunden. Entsprechend „hoch“ waren die Forderungen der Gewerkschaften, vergleicht man die aktuellen prozentualen Lohnerhöhungen mit Zeiten vor der explodierenden Inflation.

Was dann aber folgte, hat mit wirksamen Streiks kaum noch etwas zu tun. In quasi allen Branchen haben die DGB-Gewerkschaften seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie bis heute entweder ganz auf Streiks verzichtet oder Tarifverträge abgeschlossen, die zwar auf dem Papier Lohnerhöhungen beinhalten, aber so weit hinter den Teuerungen zurück bleiben, dass sie letztlich Lohnverluste für Millionen Arbeiter:innen bedeuten. Die Streiks gegen die Teuerungen fielen damit weitgehend aus.

#Tarifwende?

Für das Jahr 2024 haben die DGB-Gewerkschaften die Kampagne „#Tarifwende“ ausgerufen. Hintergrund ist die seit Jahren abnehmende Tarifbindung. Nur noch 41 Prozent der Arbeiter:innen in Deutschland arbeiten in einem Betrieb, der an einen Tarifvertrag gebunden ist. Dabei nutzen die Kapitalist:innen alle möglichen Tricks, damit sie in ihren Betrieben nicht nach Tarif bezahlen müssen. Laut dem DGB verdienen Arbeiter:innen in tarifgebundenen Unternehmen mehrere hundert Euro mehr im Monat.

Dabei verlieren die DGB-Gewerkschaften parallel immer mehr Mitglieder. Dieser Mitgliederschwund ist insbesondere auf die ausgeprägte Sozialpartnerschaft des DGB zurückzuführen, der sich als Ziel gesetzt hat, nicht allein die Interessen der Arbeiter:innen durchzusetzen, sondern einen angeblichen „Interessenausgleich“ zwischen Arbeiter:innen und Kapital anstrebt. Dabei stehen sich die Interessen von uns Arbeiter:innen und die der Kapitalist:innen unversöhnlich gegenüber. Es kommt nur darauf an, wer von beiden Parteien sich durchsetzen kann.

Tarifstreik, politischer Streik, Generalstreik

Unser Mittel zum Kampf für unsere Rechte und Interessen als Arbeiter:innenklasse ist der Streik. Dieser darf sich jedoch nicht auf einzelne Nadelstiche beschränken, wie es aktuell die halbherzigen Warnstreiks meistens tun. Sein ganzes Potenzial kann das Kampfmittel des Streiks nur entfalten, wenn er konsequent geführt wird, bis die jeweiligen Forderungen durchgesetzt sind. Die Streikzurückhaltung der DGB-Gewerkschaften führt dazu, dass heute nur etwa 17 Prozent der Beschäftigten überhaupt schon mal an einem Streik teilgenommen haben. Großen Teilen unserer Klasse

fehlt also die notwendige Erfahrung im Klassenkampf.

Die Notwendigkeit, das volle Potenzial des Streiks auszunutzen, gilt für Tarifstreiks in einzelnen Unternehmen und Branchen bis hin zu politischen Forderungen. Auch wenn die deutsche Rechtsprechung und Gesetze keine Streiks für politische Ziele und erst recht keinen Generalstreik vorsehen, so sind sie genau die richtigen Mittel der Wahl.

Organisieren & streiken!

Die Vorstellung, was wir erreichen können, wenn große Teile unserer Klasse konsequent streiken würden, sollte uns die Notwendigkeit klar machen, den Streik wieder zu dem zentralen Mittel des Kampfes unserer Klasse zu machen.

Die Geschichte und internationale Erfahrungen zeigen immer wieder, dass der politische Streik ein unverzichtbares Mittel im Kampf unserer Klasse zur Durchsetzung unserer Interessen ist. So werden sich die kommenden Angriffe auf unseren Lebensstandard, soziale Kürzungen, die Erhöhung des Renteneintrittalters und weitere Aufrüstung nicht ohne politische Streiks oder gar einen koordinierten Generalstreik, der das gesamte öffentliche Leben zum Stillstand bringt, verhindern lassen.

Doch damit diese Perspektive keine reine Träumerei bleibt, müssen wir uns organisieren, müssen wir eine starke Vernetzung innerhalb und außerhalb der Betriebe und Gewerkschaften schaffen, uns eine politische und organisatorische Einheit als Klasse schaffen, die den Streik tatsächlich als Waffe für unsere Interessen einsetzen kann.

Proteste der Bäuer:innen und Landarbeiter:innen – Gegen Regierung und Agrarkonzerne

An den großen, hupenden Traktoren führt in den letzten Wochen kein Weg vorbei. In Konvois bahnen sie sich, mit Fahnen und Schildern bestückt, ihre Wege über Stadt und Land zu den vielen Protestaktionen vor Regierungs- und Verwaltungsgebäuden, auf Hauptstraßen und Marktplätzen. Die Wut auf die Ampelregierung und die Kürzungspolitik ist groß. Von Mario Zimmermann

Ein Pfeifkonzert schlägt dem Finanzminister Christian Lindner bei seiner Rede vor den protestierenden Bäuer:innen und Arbeiter:innen am bundesweiten Protesttag, dem 15. Januar vor dem Brandenburger Tor, entgegen. Mit Hetze und Spaltungsversuchen gegenüber Geflüchteten, Arbeitslosen und Umweltaktivist:innen möchte er die Protestbewegung kontrollieren und ruhig stellen. Dabei macht er deutlich: Weitere Zugeständnisse bei der Rücknahme der Kürzungen dürfen die Bäuer:innen nicht von der Bundesregierung erwarten. Doch das Pfeifen und Buhen der Bäuer:innen zeigt: Sie lassen sich weder auf Lindners Beschwichtigungen noch die Appelle von Joachim Rukwied, Präsident des Deutschen Bauernverbandes, welcher die Interessen der Agrarkonzerne vertritt, ein. Auch in den Folgetagen verstummen die Proteste nicht. Sie richten sich nicht nur gegen die aktuellen Kürzungen der Regierung, sondern auch gegen unübersichtliche EU-Verordnungen, die an der Realität der Klein- und Mittelbäuer:innen vorbeigehen, gegen hohe Bodenpreise, Lieferverträge und niedrige Kaufpreise, sowie den hohen internationalen Konkurrenzdruck durch Freihandel.

Dabei verbieten sich Schnellschlüsse über die Bauernproteste, wie z.B. der Versuch, sie in die rechte Ecke zu stellen. Je nach Region und Betrieb gibt es Unterschiede, die sich auch in den Verbandsstrukturen widerspiegeln.



Foto: Axel Hindemith / Lizenz: Creative Commons CC-by-sa-3.0 de, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/legalcode>

Von einer Zersplitterung der Protestbewegung kann jedoch nicht die Rede sein. Denn die Grundprobleme, vor denen sie stehen, sind die gleichen. Zusätzlich wird der Schulterchluss mit anderen Unternehmer:innen und Arbeiter:innen aus dem Handwerk und der Logistik gesucht. Bei letzteren überwiegt eine generelle Unzufriedenheit mit der Ampelregierung gegenüber klaren Forderungen.

Die Krise hat System

Bei den Bauernprotesten ist nicht ohne Grund der Funke so schnell

übergesprungen. Eine Vielzahl von Widersprüchen durchzieht die landwirtschaftliche Produktion im Kapitalismus. Da sind die Klein- und Mittelbäuer:innen, die mit immer höheren Pacht- und Kaufpreisen für Ackerland zu kämpfen haben. Der Anstieg in den letzten zehn Jahren war enorm, im Bundesdurchschnitt haben sich die Kaufpreise mehr als verdoppelt. Einerseits verkleinert sich die landwirtschaftlich nutzbare Fläche von Jahr zu Jahr, gleichzeitig drängen immer mehr Immobilienkonzerne und andere Großinvestor:innen auf den Markt.

Der Kampf um dieses wichtige Produktionsmittel der Landwirtschaft belastet die Bäuer:innen noch stärker im Preiskampf mit riesigen Agrarkonzernen und anderen landwirtschaftlichen Betrieben. Diese Agrarmonopole diktieren den Bäuer:innen die Kaufpreise für ihre Produkte, welche durch Importe, z.B. aus der Ukraine, noch stärker gedrückt werden. Die ruinösen Preise sorgen unter anderem dafür, dass die Löhne in der Landwirtschaft so gering sind. Nur 7 % der festangestellten Landarbeiter:innen verdienen mehr als 18 Euro pro Stunde. Für Saisonarbeiter:innen aus Osteuropa sind die Arbeitsbedingungen und Löhne noch viel schlechter. In brennender Mittagshitze arbeiten sie schwer für Hungerlöhne, von denen sie einen großen Teil für Massenunterkünfte gleich wieder abgeben müssen.

Letztendlich profitieren nur die Kapitalist:innen: Ob sie in der Lebensmittelindustrie und im Handel die Verbraucherpreise erhöhen oder durch Pacht und Spekulation sowie niedrige Einkaufspreise die Bäuer:innen und Landarbeiter:innen auspressen und daran verdienen. Das zeigt deutlich: Arbeiter:innen und Bäuer:innen werden von denselben Großkonzernen ausgepresst. Deshalb gehören die Kämpfe von Stadt und Land zusammen. Sie brauchen gemeinsame Forderungen und den Schulterchluss auf der Straße.

PERSPEKTIVE » ONLINE

Unabhängiger Journalismus von unten: Mehrfach täglich objektive Nachrichten und revolutionäre Kommentare.

<https://perspektive-online.net>

fb.com/PerspektiveOn
x.com/perspektiveon
instagr.am/perspektiveonline
t.me/perspektiveon
mastodon.social/@perspektiveon

V.i.S.d.P.:
Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.
Homarstraße 64
51107 Köln

PERSPEKTIVE » MOBIL

Für tägliche Nachrichten direkt auf dein Handy:

1. Für unsere Nummer 0151 16991583 einen Kontakt anlegen.
2. Nachricht per **Whatsapp** oder **Telegram** mit „Start“ an uns schicken.
3. Nach einer Bestätigungsnachricht werden alle Artikel direkt auf dein Handy geschickt.

Zum Austragen eine Nachricht mit „Stop“ schicken.

PERSPEKTIVE » APP

Perspektive jederzeit griffbereit auf deinem Handy-Desktop und mit Pushnachrichten:

Einfach die **Perspektive-App** über den Playstore downloaden oder die APK direkt von unserer Homepage herunterladen und installieren:

<https://perspektive-online.net/app>



MITMACHEN & UNTERSTÜTZEN

Um unser Projekt dauerhaft realisieren zu können, sind wir auf die Unterstützung Vieler angewiesen.:

- **Abonniere** die Printausgabe von „Perspektive“:
<https://perspektive-online.net/abo>
- **Werde Mitglied** im „Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.“:
<https://perspektive-online.net/verein>
- **Unterstütze uns** mit einer Spende:
<https://perspektive-online.net/spenden>